

Sitzungsniederschrift

1. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

| | | |
|--|-------------------------------------|-----------------------------------|
| Sitzungsort: Alte Schmiede Middels, Esenser Straße 295, 26607 Aurich | | |
| Sitzungsdatum: 20.12.2021 | Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr | Sitzungsende: 15:21 Uhr |

| Mitglieder / Anwesende | Fraktion / Gruppe | Funktion Anmerkung |
|------------------------|------------------------|----------------------------------|
| Vorsitz | | |
| Kleinert, Ingeborg | SPD | |
| Mitglieder | | |
| Albers, Angelika | GRÜNE | |
| Bargmann, Bodo | CDU/FDP | |
| Behrends, Kuno | SPD | |
| Gerdas, Hilko | CDU/FDP | |
| Harms, Antje | SPD | Vertretung für Frau Beate Ihmels |
| Krüger, Detlev | FW im Landkreis Aurich | |
| Meyerholz, Hans-Gerd | FW im Landkreis Aurich | |
| Saathoff, Georg | SPD | |
| Tjaden, Hinrich | CDU/FDP | |
| van Gerpen, Dorothea | SPD | |
| Weilage, Udo | CDU/FDP | |
| Wimberg, Theo | SPD | |
| Grundmandat | | |
| Tyedmers, Johannes | AfD | Sitzungsteilnahme ab 14:45 Uhr |
| Gäste | | |
| Bohlen, Holger | | |
| Saathoff, Uwe | | Wirtschaftsprüfer |
| Verwaltung | | |
| de Vries, Enno | | Protokollführer |

| | |
|--------------------|--|
| Eilers, Anja | |
| Epple, Andreas | Leiter PBZ Vermögensverwaltung |
| Jetses, Julian | |
| Müller, Michael | Amtsleiter Amt für Jugend und Soziales |
| Olchers, Rainer | Geschäftsführer Pflege- und Betreuungszentren GmbH |
| Puchert, Dr. Frank | Erster Kreisrat |

Nicht anwesend:

Mitglieder

| | |
|---------------|-----|
| Ihmels, Beate | SPD |
|---------------|-----|

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.10.2021 - öffentlicher Teil -
5. Einwohnerfragestunde
6. Ubbo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus - Vermögensverwaltung: Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2020
Vorlage: IX/2021/120
7. Pflege- und Betreuungszentren -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2020
Vorlage: X/2021/065
8. Bericht zur aktuellen Coronalage; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2021
9. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
10. Einwohnerfragestunde
11. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Kleinert eröffnet um 15:00 Uhr die 1. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Pflege und begrüßt die Anwesenden. Sodann leitet sie über zum nächsten Tagesordnungspunkt.



TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.10.2021 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 21.10.2021 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 7
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

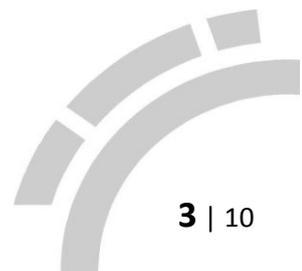
Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen oder Fragen vor.

TOP 6 **Ubbo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus - Vermögensverwaltung: Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2020**
Vorlage: IX/2021/120

Die Vorsitzende übergibt dem **Leiter der UEK Vermögensverwaltung, Herrn Epple**, das Wort.

Herr Epple stellt zunächst die grundsätzlichen Strukturen des Regiebetriebes vor. Im Anschluss daran erläutert er die wesentlichen Eckwerte des geprüften Jahresabschlusses und verweist im Detail auf den vorliegenden Prüfbericht.

Abgeordneter Meyerholz merkt an, dass er keine Druckfassung des Prüfberichts erhalten habe. Er beschreibt, dass ein Vergleich mit den Vorjahren über die in Session hinterlegte elektronische Fassung nicht bzw. nur sehr erschwert vorzunehmen sei. Eine Sitzungsvorbereitung sei dadurch nicht möglich.



Erster Kreisrat (EKR) Dr. Puchert verweist auf die im Kreistag mehrheitlich beschlossene Geschäftsordnung, die beinhaltet, dass sämtliche Sitzungsdokumente ausschließlich elektronisch in Session hinterlegt und daher nicht im Papierformat bereitgestellt würden.

Abgeordneter Gerdes bestätigt die Ausführungen des **Abgeordneten Meyerholz** und befürwortet ebenfalls die Ausgabe der gedruckten Fassungen der Prüfberichte, unabhängig von dem Beschluss des Kreistages, um eine bessere Vergleichsmöglichkeit zu erhalten.

Die Vorsitzende regt an, dass sich die betreffenden Ausschussmitglieder mit ihrem Anliegen an die Verwaltung wenden und diesbezüglich um Unterstützung bitten.

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Meyerholz** erklärt **Herr Epple**, dass die Höhe der Mietzahlung der UEK gGmbH in den Umsatzerlösen enthalten sei. Eine detaillierte Aufstellung und Aufgliederung der Umsatzerlöse liege derzeit nicht vor, werde von ihm aber als Anlage zum Protokoll nachgereicht (siehe Anlage 1).

Abgeordnete Albers erkundigt sich, ob im Jahr 2020 keine Investitionen getätigt worden seien. **Herr Epple** bestätigt dies und erklärt, dass Investitionen mit dem Wirtschaftsplan des Jahres 2021 beschlossen wurden, u.a. zur Beschaffung des neuen Linearbeschleunigers.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **die Vorsitzende** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der geprüfte Jahresabschluss der UEK Vermögensverwaltung wird für das Jahr 2020 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 7 **Pflege- und Betreuungszentren -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2020**
Vorlage: X/2021/065

Die Vorsitzende erteilt dem Leiter der PBZ Vermögensverwaltung, **Herrn Rainer Olchers**, das Wort.

Herr Olchers stellt zunächst sich und die Struktur der PBZ Vermögensverwaltung in Grundzügen vor und übergibt zur Vorstellung des Jahresabschlusses das Wort an den Wirtschaftsprüfer **Herrn Saathoff** von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft "Flick GmbH".

Herr Saathoff beschreibt detailliert anhand einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage 2) die Vermögens-, Kapital- und Ertragslage des Regiebetriebes für das Jahr 2020.



Abgeordneter Gerdes merkt an, dass die Beträge in der Beschlussvorlage von den vorgestellten Zahlen abweichen und fragt an, welche Werte richtig seien.

Herr Saathoff führt aus, dass die Werte in der Beschlussvorlage die Bilanzsummen enthalten und daher richtig seien. Die Präsentation umfasse nur einen Auszug aus dem Jahresabschluss.

Abgeordnete van Gerpen fragt nach, welchen Anteil im Jahresabschluss die “Frerich-Arends-Stiftung” habe.

Herr Saathoff erläutert die Historie der Stiftung und weist darauf hin, dass die Vermögens- und Ertragsstruktur der Stiftung im Anhang des Jahresabschlusses der PBZ Vermögensverwaltung als Sondervermögen ausgewiesen werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **die Vorsitzende** sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Dem Kreisausschuss und dem Kreistag wird folgender Beschlussvorschlag unterbreitet:

Die Bilanz der Pflege- und Betreuungszentren -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich zum 31.12.2020 wurde abgeschlossen in Aktiva und Passiva mit 20.518.550,07 € und für die „Frerich-Arends-Stiftung“ mit 788.744,33 €.

Das Jahresergebnis 2020 ist insgesamt ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

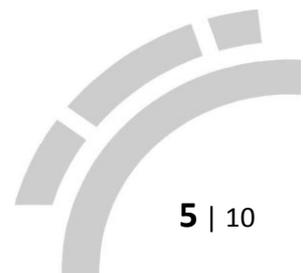
⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

➔ **einstimmig beschlossen**

Herr Olchers erklärt im Anschluss an die Abstimmung, dass er das Jahresergebnis der PBZ GmbH ebenfalls in der öffentlichen Ausschusssitzung kurz vorstellen möchte und teilt mit, dass das Jahr 2020 in der GmbH mit einem Defizit von -159.000 € abgeschlossen werde. Dies sei im Vergleich zu den Vorjahren eine sehr positive Entwicklung.

Durch den Aufbau und die Einführung verschiedener Controllinginstrumente, wie z.B. die Einführung einer Kostenstellenanalyse und eines unterjährigen Berichtswesens, könnten nun Risikofaktoren frühzeitig identifiziert und zeitnah Steuerungsmaßnahmen eingeleitet werden. Er hebt in diesem Zusammenhang die Wohngemeinschaft “Zum Anker” beispielhaft hervor, die bislang defizitär geführt wurde. Ausgehend von einer ausführlichen betriebswirtschaftlichen Analyse wurden Maßnahmen zur Umstrukturierung eingeleitet, u.a. wurde die Zielgruppe angepasst und die bisherige 24-Stunden-Betreuung eingestellt. Dies habe zu einer wirtschaftlicheren Aufgabenwahrnehmung geführt. Zur Ergebnisverbesserung haben zudem die Ausweitung des ambulanten Pflege-/Betreuungsangebotes sowie die Einführung eines Belegungsmanagements positiv beigetragen. Für 2021 sei ein ähnliches Jahresergebnis zu erwarten.

Seit September 2021 begleite die Unternehmensberatung “rosenbaum nagy” aus Köln den Konsolidierungs- und Umstrukturierungsprozess. Von dort würden betriebswirtschaftliche Analysen sowie Organisationsuntersuchungen in der Verwaltung und in der



Pflege und Betreuung durchgeführt. Ziel sei die Optimierung der Prozesse und Abläufe sowie die Erarbeitung operativer und strategischer Handlungsempfehlungen. Erste Ergebnisse seien im ersten Quartal 2022 zu erwarten und würden weitere Steuerungsmaßnahmen nach sich ziehen.

Weitere positive Handlungsansätze erhoffe man sich von der im Januar 2022 anstehenden Analyse der geplanten Veränderung der Gebäudestruktur und der Umsetzung des Projektes "Mehr Tied".

Auf Nachfrage der **Abgeordneten van Gerpen** bestätigt **EKR Dr. Puchert**, dass sämtliche Investitionen zur Erhaltung und Erweiterung der Gebäudestrukturen über die PBZ Vermögensverwaltung getätigt würden. Man habe seinerzeit durch die parallele Gründung des Regiebetriebes und der GmbH eine Trennung des Immobilien- und Grundstücksvermögens vom operativen Geschäft PBZ GmbH vorgenommen. Jegliches bewegliches Vermögen, z.B. Pflegebetten, finde sich im Wirtschaftsplan der GmbH wieder. Die Strukturen seien komplex und man müsse in der Diskussion stets beachten, welcher Bereich welcher Gesellschaft betroffen sei.

Abgeordneter Wimberg erkundigt sich nach den Gründen für die gewählte Abgrenzung.

EKR Dr. Puchert erklärt, dass eine solche Trennung aus steuerlichen und haftungs-/insolvenzrechtlichen Gründen üblich und nachvollziehbar sei. Es sei gleichermaßen eine Risikominimierung, wenn das Eigentum beim Eigentümer/Alleingesellschafter verbleibe. Ob das seinerzeit das Motiv für die Aufspaltung gewesen sei, könne er jedoch nicht beantworten.

Abgeordneter Gerdes beschreibt, dass diese Struktur aus seiner Sicht vernünftig und transparent sei, da man u.a. die Finanzströme für jede Gesellschaft besser nachvollziehen bzw. getrennt aus den unterschiedlichen Bilanzen entnehmen könne.

Abgeordnete Albers spricht **Herrn Olchers** und der Verwaltungsleitung der PBZ einen herzlichen Dank aus, da es innerhalb eines Jahres gelungen sei das Defizit signifikant zu verbessern. Dieser Dank gebühre auch den Mitarbeiter*innen in der Pflege und Hauswirtschaft.

Herr Olchers bedankt sich und sichert zu, dies hausintern zu kommunizieren.

EKR Dr. Puchert ergänzt, dass zwischen der PBZ und der Kreisverwaltung und insbesondere mit **Herrn Müller** als Leiter des Amtes für Jugend und Soziales sowie nebenamtlichen Geschäftsführer der PBZ GmbH ein enger Austausch bestehe. Es habe sich gezeigt, dass die vorhandenen Ressourcen der Kreisverwaltung zur Unterstützung in Krisensituationen wirkungsvoll eingesetzt werden könnten. Man habe darüber hinaus mit dem Beratungsunternehmen "rosenbaum nagy" jetzt die Möglichkeit, sämtliche Strukturen und Abläufe des Hauses genau zu analysieren und sodann Maßnahmen einzuleiten, die nicht nur eine wirtschaftliche Verbesserung forcieren, sondern auch eine Veränderung des Leistungsangebotes nach sich ziehen. Dies sei eine wesentliche Verbesserung, es bleibe aber dabei, dass der Betrieb nach wie vor defizitär sei. Unabhängig von allen Steuerungsmaßnahmen und Investitionen zur Absenkung der Verluste sei ein Höchstmaß an Flexibilität in der Angebotsstruktur unabdingbar, um den verändernden Ansprüchen des Marktes dauerhaft gerecht zu werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **die Vorsitzende** die Diskussion ab und ruft den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

TOP 8 **Bericht zur aktuellen Coronalage; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2021**

Vorsitzende Kleinert weist einleitend darauf hin, dass künftig und bis auf weiteres in jeder Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Pflege ein Bericht zur aktuellen Coronalage und Impfsituation als fester Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung stehen werde. Sie erteilt sodann **Herrn Jetses** das Wort.

Herr Jetses stellt sich vor und erklärt, dass er seit kurzem als Mitarbeiter des Gesundheitsamtes im Krisenstab sowie in der Maßnahmenkoordination zur Eindämmung des Pandemiegeschehens im Landkreis Aurich mitwirke.

Aus technischen Gründen kann die PowerPoint-Präsentation von **Herrn Jetses** nicht projiziert werden. **Herr Jetses** sichert zu, diese mit dem Protokoll zur Verfügung zu stellen (siehe Anlage 3).

Im Folgenden berichtet **Herr Jetses** detailliert über den Sachstand der Pandemiesituation im Landkreis Aurich sowie über die aktuellen inhaltlichen Schwerpunkte und Herausforderungen in der Arbeit des Krisenstabes.

Abgeordnete van Gerpen erfragt, ob das Gesundheitsamt über eine, wie auch bundesweit geforderte, ausreichende EDV-Ausstattung verfüge und ob über die Kontaktpersonennachverfolgung sogenannte "Hotspots" zeitnah identifiziert werden könnten.

Herr Jetses erklärt, dass die Kontaktpersonennachverfolgung (KPN) beim Landkreis Aurich zentralisiert wurde und derzeit insgesamt 36 Mitarbeiter*innen sowie drei Ärzt*innen für diese Aufgabe zuständig seien. Die EDV-Ausstattung werde vom Landkreis ausreichend bereitgestellt. Im Sommer 2021 sei entschieden worden, die KPN mit der Software "SORMAS" umzusetzen. Mit dieser bundeseinheitlichen Software könnten Pandemie-Hotspots schnell und effizient festgestellt werden.

Abgeordneter Wimberg führt aus, dass er den persönlichen Eindruck habe, dass das Impfzentrum im EEZ Aurich über weniger Impfdosen als die niedergelassenen Ärzte verfüge. Er beschreibt, dass es wesentlich schwieriger sei Termine über das Impfportal des Landes Niedersachsen zu erhalten als bei den niedergelassenen Ärzten. Dies sei für ihn widersprüchlich und er bittet um Aufklärung.

EKR Dr. Puchert erwidert, dass die subjektive Wahrnehmung in diesem Zusammenhang eines der größten Probleme darstelle. Seitens des Landes Niedersachsen sei frühzeitig erkannt worden, dass die ursprünglich vorgesehene Begrenzung der Impfstoffverteilung auf die Hausärzte den Bedarf nicht decken könne und man deswegen mobile Impfteams weiterhin vorhalten müsse. Der Landkreis profitiere hiervon, in dem das Mietverhältnis für das EEZ mit der Stadt Aurich über den Jahreswechsel hinaus verlängert werden konnte. Die unterschiedliche und wöchentlich wechselnde, teils unzureichende, Impfstoffzuteilung, -verimpfung und Bestellmöglichkeit von "Biontech" und "Moderna" zeige, dass – aus seiner Sicht untypisch für Deutschland – in der Organisation zur Bewältigung der Pandemie ein hohes Maß an Unzuverlässigkeit festzustellen sei. Das sei ein Grundproblem, welches er so nicht vorhergesehen und im Gegenteil erwartet habe, dass ein Land wie Deutschland ganz anders in der Lage sei, einem

solchen Problem zu begegnen. Das hänge aus seiner Sicht auch mit einer starken Politisierung des Themas zusammen. Der amtierende Gesundheitsminister setze zwar Expertenteams ein, neige aber dazu, dem Expertenrat nicht konsequent zu folgen. Das sei ein Grundthema, welches die Pandemie, sicherlich auch in anderen Ländern, von Beginn an begleite. Expertise müsse die Thematik und Problemlage aus ganz unterschiedlichen Blickrichtungen bewerten, (vor-)entscheiden und Vorschläge erarbeiten und man müsse den Mut haben, diese Vorschläge parlamentarisch mit den dortigen Sichtweisen transparent zu begleiten und auf dieser Grundlage einer Entscheidung zuzuführen. Daran kranke das ganze System. Es sei zu viel Unzuverlässigkeit festzustellen. Gesetze und Verordnungen müssten aufgrund gerichtlicher Urteil wiederholt korrigiert werden. Dies sei in höchstem Maße riskant, weil das zu einem vollständigen Vertrauensverlust der Bürger*innen in die Richtigkeit und Vernünftigkeit der Gesetzgebung führe. Dass damit auch falsche politische Richtungen bestärkt würden sei ein Nebeneffekt. Viel gefährlicher sei es, dass das Vertrauen in den Staat und das Gesetz an der Stelle verloren gehe. Da sei das "Impfdesaster" das sogenannte "Sahnehäubchen". Einerseits werde den Bürger*innen ein schlechtes Gewissen vermittelt, wenn diese noch nicht "geboostert" seien, andererseits müssten diese Bürger*innen es erleben, dass weder Hausärzte noch Impfzentren aufgrund Impfstoffmangels in der Lage seien, der Nachfrage gerecht zu werden. Wenn wiederkehrend Expertenmeinungen ignoriert, Gesetze korrigiert, unverständliche Regeln für die Bürger*innen aufgestellt und erneuert und das Land nach zwei Jahren Erfahrung immer noch kein bürokratisches "Fettnäpfchen" auslasse, sei das nicht der Weg aus der Pandemie.

Abgeordnete Albers stimmt den Ausführungen grundsätzlich zu und spricht den Bürger*innen einen großen Dank aus, weil diese ihre persönlichen Interessen weitestgehend zurücknehmen und sich im Sinne der Allgemeinheit verhalten, so dass der Landkreis Aurich im Vergleich zu anderen Kommunen mit Blick auf das Infektionsgeschehen verhältnismäßig gut dastehe. Aus diesem Grund sei es aus ihrer Sicht auch wichtig gewesen, als Ausschuss im Jahr 2021 nochmals zu tagen und dadurch ein deutliches Zeichen zu setzen. Sie erkundigt sich darüber hinaus, welche niedrigschwelligen Impfangebote im Kreisgebiet angedacht seien oder vorgehalten werden.

EKR Dr. Puchert führt dazu aus, dass angesichts der aktuellen "Booster"-Impfungen und der Konfrontation mit der Virusmutante "Omikron" der Fokus momentan auf die Zweit- und Drittimpfungen sowie den Betrieb des Impfzentrums im EEZ Aurich gelegt werde. Dort solle zügig eine maximale Auslastung erreicht werden. Parallel werde gemeinsam mit der Stadt Aurich erörtert, die Nutzung des EEZ deutlich zu verlängern. Zunächst sei erst einmal geplant, das Impfzentrum bis zum Sommer 2022, wenn der Bedarf gegeben sei, zu betreiben und das EEZ danach wieder seiner ursprünglichen Nutzung zuzuführen. Außerdem befinde man sich in den Planungen für eine langfristige Lösung bzw. zur Etablierung eines dauerhaften Impfzentrums in einer geeigneten Immobilie im Kreisgebiet. Die Umsetzung von dezentralen Angeboten sei herausfordernd, da aufgrund fehlender Erfahrungswerte nicht abzusehen sei, ob ein solches Angebot logistisch und personell handelbar sei. Davon abgesehen sei aber nicht auszuschließen, dass solche Angebote künftig installiert werden. Momentan sei dies jedoch nicht angedacht.

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Wimberg** stellt EKR Dr. Puchert fest, dass nicht darüber nachgedacht werde, ein zweites Impfzentrum im Landkreis Aurich zu installieren. Zunächst sei angedacht, das EEZ bis zum Sommer zu nutzen. Er gehe aber davon aus, dass es sich um eine langjährige Aufgabe handele, die nicht allein von den niedergelassenen Ärzten bewältigt werden könne. Insofern werde zurzeit die Diskussion geführt,

ob ein geeignetes Gebäude zur Vorhaltung eines Impfzentrums im Landkreis Aurich auf Dauer aktiviert werden könne.

Abgeordneter Krüger fragt nach der aktuell gültigen Quarantänregelung für Geimpfte und Ungeimpfte, die Kontakt zu einer infizierten Person hatten. Er erkundigt sich ebenfalls, ob innerhalb von 24 Stunden ein sogenannter "PCR"-Test durchgeführt werden könne und wenn ja, wo dieser vorgenommen werde.

Herr Jetses erläutert, dass im Rahmen der KPN geprüft werde, ob im Einzelfall tatsächlich Kontakt zu einer infizierten engen Kontaktperson bestanden habe und dass bei entsprechend positiver Bestätigung sodann umgehend in Georgsheil eine Testung veranlasst werden könne.

Abgeordnete Harms erkundigt sich, ob es richtig sei, dass sich Personen bei nachweislichem Kontakt mit Infizierten in Quarantäne begeben müssten, dies jedoch nicht für deren Mitbewohner*innen bzw. Haushaltsangehörige gelte.

Herr Jetses bestätigt dies und verweist auf die aktuelle Empfehlung des RKI. Es müssen im Rahmen der KPN eine Grenze gezogen werden und diese sei momentan so definiert.

Abgeordnete Harms zeigt auf, dass u.a. eine solche Regelung natürlich mitunter schwer nachvollziehbar und z.B. im privaten Umfeld kaum erklärbar sei. Sie bedanke sich jedoch für die Erläuterung und den Vortrag.

EKR Dr. Puchert erwidert, dass sich hinter jeder Regelung ebenfalls die juristische Fragestellung nach der Verhältnismäßigkeit verberge. Den Mitarbeiter*innen, die im Gesundheitsamt mit der Prüfung der Einhaltung der Regelungen beauftragt seien, müsse Verständnis entgegengebracht werden. Eine gesetzliche Regelung, die nicht befolgt bzw. deren Einhaltung nicht kontrolliert werden könne, sei irrelevant. Nach seiner Meinung sei eine Regelung, die juristisch verhältnismäßig sei, auch politisch opportun.

Abgeordnete Harms begrüßt, dass den Anwesenden ein Einblick in die Arbeit gegeben wurde und dass bei der Bekämpfung der Pandemie im Landkreis Aurich nicht nur kurzfristig, sondern die kommenden Jahre weitsichtig in den Blick genommen würden.

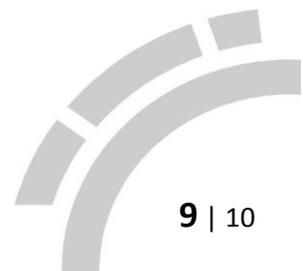
EKR Dr. Puchert beschreibt seine Befürchtung, dass ein grundsätzlicher Wandel des gesellschaftlichen Lebens aktuell und in den Folgejahren eintreten könnte. So müsse jeder Einzelne mit völlig anderen Herausforderungen rechnen und umgehen, sodass Sachthemen, wie die Erörterung der Jahresabschlüsse der PBZ, künftig ggf. nebensächlich werden.

Abgeordneter Bargmann bittet aufgrund der Aktualität um Übersendung des Vortrages von **Herrn Jetses** vor Erstellung des Protokolls per E-Mail. Dies wird seitens **der Vorsitzenden** zugesichert.

Anmerkung des Protokollführers:

Die PowerPoint-Präsentation von Herrn Jetses wurde am 21.12.2022 per E-Mail an die Vorsitzende und die Mitglieder des Ausschusses versandt.

Die Vorsitzende dankt Herrn Jetses für seinen informativen Vortrag und ruft den nächsten Tagesordnungspunkt auf.



TOP 9 **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

Die Vorsitzende erteilt der **Abgeordneten Albers** das Wort.

Abgeordnete Albers erfragt den Sachstand der Anfrage Ihrer Fraktion zu den Themenbereichen "RS-Infektionen" und "Internistische Intensivstationen", die der Verwaltung am 16.12.2021 mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet wurde.

EKR Dr. Puchert weist darauf hin, dass die Anfrage von der Trägergesellschaft bereits beantwortet und dem Protokoll als Anlage beigefügt werde (siehe Anlagen 4 und 5).

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Bargmann** erklärt **EKR Dr. Puchert**, dass Touristen, bei denen im Landkreis Aurich das Coronavirus SARS-CoV-2 durch einen positiven PCR-Test nachgewiesen wurde, an ihren Wohnort zurückkehren und dort in häusliche Quarantäne müssten.

Die Vorsitzende ruft nach Abschluss der Wortbeiträge sodann den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

TOP 10 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen oder Fragen vor.

TOP 11 **Schließung der Sitzung**

Die Vorsitzende schließt die Sitzung mit einem Dank an alle Anwesenden um 15:21 Uhr.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. de Vries
Protokollführer